

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!  
(Karl Liebknecht)

# DER SPARTAKIST



ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS  
(Sektion der Vierten Internationale)

September 1947

Nr. 23

Preis S 1.-

Nach dem Lohn-Preisabkommen

## DIE KAPITALISTEN SANIEREN SICH AUF KOSTEN DER ARBEITER!

Mit dem Argument, eine dreimonatige Atempause für die österreichische Wirtschaft zu schaffen, haben die Vertreter der ÖVP und der SP im Nationalrat Ende Juli das sogenannte Lohn- und Preisabkommen beschlossen. Mehr als die Hälfte der "Atempause" ist inzwischen vergangen und den Arbeitern bleibt tatsächlich immer mehr der Atem weg über die Auswirkungen dieses "Abkommens", das jetzt deutlich genug zeigt, daß das ihm umgehängte Etikett einer "Lohn- und Gehaltsangleichung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten" ein falsches ist. Um das zu beweisen, braucht man kein großer Rechenkünstler zu sein; einige Zahlen werden uns das sofort zeigen.

Die Löhne und Gehälter wurden um 36% erhöht. Und wie steht es mit den Preisen?

Ware	Alter Preis	Neuer Preis	Index der Erhöhung
Schwarzbrot	0.56 S	1.16 S	107 %
Gebäck	0.05 "	0.10 "	100 "
Weizenmehl	0.79 "	1.60 "	102 "
Schwarzes Mehl	0.51 "	0.92 "	80 "
Kartoffel	0.36 "	0.58 "	61 "

### INHALT DIESER NUMMER:

Die Kapitalisten sanieren sich auf Kosten der Arbeiter

Die Krise des englischen Kapitalismus

Ware	Alter Preis	Neuer Preis	Index der Erhöhung
Speisefett	7.60 S	8.76 S	15 %
Salz	0.50 "	1.40 "	180 "
Rauchwaren (Normalfassung für Männer)	15.90 "	23.20 "	45 "
Kohle	152.-- "	190.-- "	25 "
Gas	0.20 "	0.34 "	70 "
Strom	0.10 "	0.18 "	80 "
Radio	2.-- "	3.-- "	50 "
Straßenbahntagesfahrkarte	0.35 "	0.55 "	57 "
Wochenkarte	2.10 "	3.30 "	57 "
Porto für Inlandsbriefe	0.18 "	0.40 "	120 "
" " " " Karten	0.08 "	0.20 "	120 "
Eisenbahn	-	-	50 "

Wir ersehen aus dieser Tabelle, die die wichtigsten Lebensmittel sowie die für die Massen wichtigsten öffentlichen Tarife umfaßt, daß die Preise um durchschnittlich 80 bis 100%, in vielen Fällen noch um mehr gestiegen sind. Was bedeutet das für das Realeinkommen der Arbeiter und kleinen Angestellten? "Nach den Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung und der Arbeiterkammer basieren 70% aller Lohnausgaben von heute auf Ausgaben für Lebensmittel, Tarife und Beheizung und 30% auf Ausgaben aus der gewerblichen Wirtschaft, also Bekleidung, Reparaturen, Haushaltartikel usw.", schreibt die "AZ" vom 30.7.47. Die Preise der Industrieprodukte haben sich jedoch um 10 bis 60% erhöht; praktisch bleibt den Unternehmern überhaupt freie Hand bei der Preisbildung.

### Das "Lohn- und Preisabkommen" hilft nur den Kapitalisten!

Es ist also keine Rede davon, daß die Löhne den gestiegenen Lebenshaltungskosten "angeglichen" worden sind; die Preise sind gerade auf Grund des "Abkommens" sprunghaft gestiegen; die Löhne und Gehälter hinken ihnen noch mehr als bisher nach; die Schere zwischen Löhnen und Preisen ist größer denn je. Das sogenannte "Lohn- und Preisabkommen" muß also viel richtiger ein Lohnraub- und Preiserhöhungsabkommen genannt werden, denn es senkt in Wirklichkeit das Realeinkommen der Arbeiter und kleinen Angestellten. Um diese Tatsache zu verschleiern, um zu verhüllen, daß es sich hier um einen Lohnraub großen Stils handelt, wurde das Manöver der mit den Preiserhöhungen gekoppelten Erhöhung des Nominallohnes durchgeführt, das von den Massen nicht so leicht und vor allem nicht sofort durchschaut werden kann. Die Arbeiter bekommen etwas mehr Papiergeld auf die Hand; sie können sich darum noch weniger kaufen als früher. Nicht nur, daß die um 36% erhöhten Löhne weit hinter den auf Grund des "Abkommens" beschlossenen Preiserhöhungen zurückbleiben, sondern es wurden vor allem auch die in den letzten Monaten vor sich gegangenen Preiserhöhungen überhaupt nicht berücksichtigt. Das "Abkommen" belastet außerdem einen Teil der Arbeiter und kleinen Angestellten noch in doppelter Weise, da durch die dosierte Geldentwertung die Zwangseinlagen der kleinen Sparer beträchtlich entwertet wurden.

Das sogenannte "Lohn- und Preisabkommen" dekretiert die Senkung des Realeinkommens der breiten proletarischen Massen; es ist ein Abkommen im Interesse der Besitzenden, der Bourgeoisie. Es ist für die Kapitalisten ein wichtiges Mittel, um die Kosten des verlorenen Krieges weiterhin auf die Massen abzuwälzen und die unter den Folgen des Krieges und der Niederlage schwer daniederliegende kapitalistische Wirtschaft in Österreich zu sanieren, um den zusammenbrechenden Kapitalismus wieder auf die Beine zu helfen. Die Arbeiter müssen die Opfer bringen; sie müssen weiterschufteln, weiterhungern, den Gürtel noch enger schnallen. Den Profit haben die Unternehmer, die die Waren verschieben, im Schleichhandel absetzen, gegen Auslandskonti exportieren. Den Profit haben die Großgrundbesitzer und Großbauern, in deren Interesse die Agrarpreise erhöht wurden und die trotzdem nicht mehr liefern werden, die bereits jetzt angekündigt haben, "wegen der Dürre" noch weniger abzuliefern. Den Profit hat schließlich der kapitalistische Staat, der mit seinen Tarif-erhöhungen die breiten Massen belastet und auf ihre Kosten alle möglichen Export-, Produktionssteigerungs- und Ablieferungsprämien an Kapitalisten, Großgrundbesitzer und Großbauern bezahlt. Aus diesem Grund, weil das sogenannte "Lohn- und Preisabkommen" ein Abkommen im Interesse der Bourgeoisie ist, hat auch deren Partei, die ÖVP, im Nationalrat dafür gestimmt.

### SP und Stalinpartei als Lakaien der Bourgeoisie

Welche Rolle haben die sogenannten "Arbeiter"parteien gespielt?

Die SP bezeichnet sich als die Partei des "demokratischen Sozialismus". Daß von Sozialismus in diesem "Abkommen", das den Arbeitern den Brotkorb höher hängt und dem deshalb die Unternehmervertreter gern ihre Zustimmung gegeben haben, nichts enthalten ist, haben wir soeben gesehen. Wie steht es mit der "Demokratie"? Die SP hat dieses gegen die unmittelbarsten Arbeiterinteressen gerichtete "Abkommen" mit den Vertretern der Bourgeoisie abgeschlossen, ohne die Arbeiter vorher über seinen Inhalt zu informieren, ohne sie vorher zu fragen, ob sie mit einer derartigen "Regelung" des Lohn-Preisproblems einverstanden sind. So sieht also die "Demokratie" der SP und ihrer Gewerkschaftsbürokraten in Wirklichkeit aus; sie sind Demokraten der Bourgeoisie gegenüber, bei gleichzeitiger Mißachtung der primitivsten Forderungen der Arbeiterdemokratie!

Welcher Argumente hat sich die SP bedient, um ihren Verrat zu bemänteln?

1. Infolge des Wettlaufs zwischen Löhnen und Preisen drohe eine Inflation, eine solche gefährde jedoch in erster Linie die Löhne und kleinen Gehälter. Doch das sogenannte "Lohn-Preisabkommen" hat das Mißverhältnis zwischen Löhnen und Preisen erst recht vergrößert; es ist gerade vom Standpunkt des Arbeiterlohnes ein empfindliches Stück Inflation.
2. Durch das "Abkommen" werde eine "Atempause für die österreichische Wirtschaft" geschaffen, die benützt werden solle, um eine Währungsreform vorzubereiten. Doch was hat die SP zur Vorbereitung einer solchen gemacht? Eine Währungsreform, die den Interessen der Massen entspricht, setzt z.B. die Konfiskation aller Kriegsgewinne, eine auf entschädigungsloser Enteignung basierende Verstaatlichung der Banken und Monopolbetriebe, eine wirkliche Kontrolle der Produktion und Verteilung als Grundlage einer Planwirtschaft voraus. Was hat die SP in dieser Hinsicht gemacht? Nichts!





Die Arbeiter müssen sich gegen einen neuerlichen Lohnraub wappnen!

In wenigen Wochen geht die dreimonatige "Atempause" zu Ende, wird neuerlich das Lohn-Preisproblem akut. Die Arbeiter müssen aus den Erfahrungen des sogenannten "Lohn- und Preisabkommens", bei dem sie so gewaltig übers Ohr gehauen wurden, lernen und insbesondere wir Internationalen Kommunisten müssen uns auf diesen Zeitpunkt vorbereiten. Welche Gesichtspunkte müssen wir dabei im Auge haben?

1. Es darf vor allem nicht wieder vorkommen, daß eine Handvoll Gewerkschafts- und SP-Bürokraten hinter dem Rücken der Arbeiterschaft "Abkommen" mit Vertretern der Bourgeoisie abschließen. Bei allen Verhandlungen, bei denen die unmittelbarsten Lebensinteressen der Arbeiter auf der Tagesordnung stehen, dürfen Abschlüsse erst dann getätigt werden, wenn vorher die gewählten Vertreter der Betriebsarbeiterschaft, die Betriebsräte, informiert wurden und ihre ausdrückliche Zustimmung gegeben haben. Den Gewerkschaftsvorstreitern sind gebundene Marschrouten auf den Weg mitzugeben; ohne die ausdrückliche Zustimmung der Gewerkschaften dürfen keinerlei Lohn- und Preisabkommen mit Vertretern anderer Klassen abgeschlossen werden. Wir müssen diese Forderungen verbinden mit der Forderung nach der jederzeitigen Absetzbarkeit eines jeden gewerkschaftlichen Funktionärs durch die Gewerkschaftsmitglieder, mit der Forderung nach der Demokratisierung der Gewerkschaften.
2. Solange die Kapitalisten unter dem Vorwand, den "Anschluß an die Weltmarktpreise" herstellen zu müssen, Preissteigerungen vornehmen, müssen wir diese mit der Forderung nach dem Indexlohn, mit der Forderung nach der gleitenden Lohnskala beantworten. Die gleitende Lohnskala wird der Bourgeoisie die Lust zu weiteren Preiserhöhungen nehmen; nur der Indexlohn garantiert die Verteidigung zumindest des bestehenden Lohnniveaus.
3. Wir verlangen darüber hinaus eine wirkliche Angleichung der Löhne und kleinen Gehälter an die gestiegenen Lebenshaltungskosten, eine Erhöhung des Reallohnes, der den Arbeitern und kleinen Angestellten nicht nur die Erhaltung ihrer Arbeitskraft und ihrer Familie garantiert, sondern der ihnen darüber hinaus gestattet, die schweren Substanzverluste der Kriegs- und Nachkriegsjahre wieder aufzuholen. Die Kapitalisten und ihre Lakaien werden "beweisen", daß solche Lohnerhöhungen für "die Wirtschaft" nicht "tragbar" sind, daß die Produktion "unrentabel" werde, daß die österreichische Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit verliere. Die Betriebsräte haben das gesetzliche Recht, in die kaufmännische Gebärung eines jeden Betriebes Einsicht zu nehmen. Wir verlangen, daß von diesem Recht im breitesten Umfang Gebrauch gemacht wird. Es wird sich dann zeigen, daß die "Wirtschaft" Lohnerhöhungen durchaus verträgt, allerdings - auf Kosten des kapitalistischen Profits. Kontrolle der Unternehmergewinne, der offiziellen wie der inoffiziellen, Kontrolle des Kapitalprofits durch die Betriebsräte!
4. Die Kapitalisten wenden heute alle möglichen Methoden an, um ihren Profit zu vergrößern; sie geben falsche Produktionsziffern an, sie verschieben die Waren, sie verheimlichen die Gewinne aus dem Schwarzhandel, sie exportieren einen bedeutenden Teil der Produktion und legen den Erlös in Auslandskonten an. Diese Praktiken der Kapitalisten, die in Verbindung mit den Folgen des von ihnen verschuldeten Krieges die wahren Ursachen der "Blutarmut der österreichischen Wirtschaft" sind, können nur zunichte gemacht werden durch die Arbeiterkontrolle der Produktion und Verteilung.

5. Wir Internationalen Kommunisten sagen darüber hinaus den Arbeitern folgendes: Solange sich die Arbeiter darauf beschränken, nur für ihre unmittelbarsten Tagesinteressen, nur für einen etwas höheren Lohn, nur für ein etwas größeres Stück Brot zu kämpfen und dabei gleichzeitig die wirkliche Wurzel ihrer Not, das kapitalistische Wirtschaftssystem unangetastet lassen, solange wird die Bourgeoisie die Möglichkeit haben, sich das, was sie mit der einen Hand gezwungenermaßen geben muß, mit der anderen wieder zu nehmen. Wir Internationalen Kommunisten verbinden deshalb den Kampf für die Tagesinteressen der Massen mit dem Kampf für den Sturz der Bourgeoisie, indem wir den Arbeitern geduldig erklären, daß unter den heutigen Bedingungen hinter jeder Lohnfrage letzten Endes die Machtfrage steht.

Für eine solche Regelung des Lohn-Preisproblems wird allerdings die ÖVP nicht stimmen; eine solche Regelung kann nur erzielt werden im schärfsten Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Partei. Die SP behauptet, daß ein solcher Kampf unter den Bedingungen des Besatzungsregimes nicht geführt werden kann, daß er schädlich wäre, daß er den "Wiederaufbau" stören würde. In England, in Frankreich gibt es keine Besetzung und dennoch steht in diesen Ländern die Arbeiterklasse vor der gleichen Aufgabe wie in Österreich: der Verteidigung ihres Lebensstandards gegen die kapitalistischen Raubangriffe. Lohn- und Preisregelung auf Kosten der Kapitalisten! Dafür kämpfen die Sektionen der Vierten Internationale in England, in Frankreich, dafür müssen wir Internationalen Kommunisten auch in Österreich kämpfen.

X X X

Ein wichtiger Schritt der italienischen Landarbeiter! In Italien streiken 1 Million Landarbeiter. Die Einbringung der Reisernte ist dadurch gefährdet. Nun haben sich die streikenden Landarbeiter bereit erklärt, die Ernte einzubringen unter der Bedingung, daß sie sie nicht an die Großbauern und Großgrundbesitzer abliefern müssen, sondern sie sie direkt an die Bürgermeister der Großstädte zur Verteilung übergeben können. Auf gleiche Weise erklärten sie sich bereit, Milch für die Kinder in den Großstädten zu liefern. - Wir wissen nicht, ob dieser Vorschlag der Landarbeiter in die Tat umgesetzt wurde. Aber schon der Vorschlag allein zeigt einen wichtigen Fortschritt im Bewußtsein der Massen. Die italienische Bourgeoisie will im Streik der Landarbeiter die städtischen Massen gegen die um die Verbesserung ihrer Elendsexistenzen kämpfenden Landarbeiter ausspielen. Die Landarbeiter durchkreuzten den Plan der Bourgeoisie, indem sie dem hungernden städtischen Proletariat, den hungernden städtischen Massen ihre solidarische Hilfe anboten und gleichzeitig einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung des gemeinsamen Klassenfeindes, der Bourgeoisie in Stadt und Land machten. Zur Kontrolle der Produktion und der Verteilung durch die Arbeiterklasse und ihrer Organe. Dies ist eine wichtige Erfahrung, ein wichtiger Schritt vorwärts!

X X X

## DIE KRISE DES ENGLISCHEN KAPITALISMUS

Die Nachrichten der letzten Wochen und Monate berichten von einer ökonomischen Krise in England, die ihren Höhepunkt noch lange nicht erreicht hat. Es ist dies keine normale, zyklische Krise des Kapitalismus. Vergeblich suchen wir nach den üblichen Anzeichen einer Krise: Absatzschwierigkeiten, Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit. Die Produktionszahlen und die Zahlen der Beschäftigten sind höher als je in der Geschichte Englands, zur selben Zeit herrscht in USA eine noch nie dagewesene Hochkonjunktur. Und dennoch Krise?

Die gegenwärtige Krise in England ist eine solche des Verfallsstadiums des Kapitalismus. In einer ähnlichen Krise befindet sich fast das ganze übrige Europa; durch Disproportionen, Rohstoffmangel, Anarchie und schleichender Inflation charakterisiert, kann sie nur zum Teil als Folgeerscheinung des zweiten imperialistischen Weltkrieges erklärt werden.

Die Krise in England ist ein typisches Zeichen dafür, daß die in die Zwangsjacke der Nationalwirtschaften gezwängten Produktivkräfte des Weltkapitalismus von diesem nicht mehr organisiert werden können. Die kapitalistische Profit- und Konkurrenzwirtschaft verhindert den Austausch der Produkte.

Die Krise in England kann man auch als Dollarkrise bezeichnen. Der Mangel an Dollar ist jetzt das größte Hindernis für den Austausch der Produkte auf dem Weltmarkt geworden. Der Dollar ist das Zeichen für die Weltmonopolstellung des USA-Imperialismus. Durch die Überlegenheit der Produktivkräfte der USA fließen aber alle Dollars, die in Form von Hilfslieferungen, Anleihen usw. nach Europa wanderten, immer wieder nach USA zurück.

Der Kapitalexport des USA-Imperialismus hat auch eine politische Seite. Die Dollaranleihen stehen in direkter Proportion zur Abhängigkeit der Schuldnerstaaten. Diesem Dilemma steht nun auch die englische Bourgeoisie gegenüber. Entweder sie verzichtet auf weitere Dollaranleihen und damit auf wichtige Importe aus USA oder sie ist bereit, die Bedingungen des USA-Imperialismus für weitere Anleihen zu schlucken und damit eine immer größere Abhängigkeit von demselben in Kauf zu nehmen. Die Bedingungen des USA-Imperialismus sind: Aufhebung der Vorzugszölle des Empire, die Einstellung der geplanten Verstaatlichungen in England und dem westlichen Deutschland und vollständiges Unterordnen unter die USA-Politik gegenüber der SU. Das Ziel dieser Bedingungen ist klar: Es sollen alle Schranken, die das Vordringen des USA-Kapitals behindern könnten, beseitigt werden.

Die englische Bourgeoisie steht aber noch vor einem anderen Dilemma. Sie muß eine Politik machen, die ihr einerseits ermöglicht, ihre Weltmachtstellung zu behaupten, aber auch andererseits die durch die objektiven Bedingungen geförderte proletarische Revolution verhindert. Die Ausführung dieser Politik hat sie ihrem Lakaien, der Labour-Party übertragen. Attlee-Bevin und der rechte Flügel der LP sehen sich einem doppelten Druck der Konservativen und der Massen gegenüber. Der Druck der Massen überträgt sich auf die LP-Bürokratie selbst; die "Linken" innerhalb der LP haben sich gegenüber dem rechten Flügel verstärkt.

Das Krisengesetz Attlees geht vor allem darauf hinaus, durch Produktionssteigerung das riesige Außenhandelsdefizit (600 Millionen Pfund) auszugleichen, um vom Dollar unabhängig zu werden. Vor 1938 wurde das Außenhandelsdefizit durch die Profite und die Zinsen des Kapitalexports gedeckt. Diese Möglichkeit fällt nun weg, da die englischen Auslandsguthaben für die Deckung der Kriegskosten verwen-



det wurden. Also bleibt nur die eine Möglichkeit: Einschränkung aller nicht unbedingt notwendigen Importe und Steigerung des Exports, sagen Attlee-Bevin & Co. der Arbeiterklasse und den Massen in England. Was das für die englischen Massen, auf die schließlich alle Einschränkungen abgewälzt werden, bedeutet, veranschaulichen folgende Zeilen:

"Englands Importe erreichten 1946 nur etwas mehr als 10% der Einfuhren von 1938. Zur gleichen Zeit aber hatte der englische Warelexport bereits den Stand von 1938 überholt, er betrug 110%. Das reicht jedoch noch immer nicht aus, um selbst diese unzureichenden Importe zu bezahlen. Um den Lebensstandard auf die Vorkriegshöhe zu heben, um die dazu notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel importieren und bezahlen zu können, muß England 175% seines Exports von 1938 erreichen. Schon jetzt wird ein Viertel aller produzierten Güter exportiert. Soll der Export nicht auf Kosten des Warenverbrauches in England gehen, dann gibt es nur einen Ausweg: die Produktion muß gewaltig gesteigert werden." (1)

Attlee hat wahrlich nicht zuviel behauptet, als er sagte, England befinde sich am entscheidendsten Wendepunkt seiner Geschichte.

### Der dritte Weg des "demokratischen Sozialismus"

Bei jeder möglichen Gelegenheit versäumt es die österreichische SP nicht, den Arbeitern zu erklären, daß der einzige Ausweg aus der heutigen Katastrophe der "demokratische Sozialismus" sei. "Schaut nach England, dort geht es vorwärts, dort baut die demokratische Labour-Regierung den Sozialismus, wie wir ihn verstehen, auf," sagen die Schärf, Deutsch & Co. der österreichischen Arbeiterklasse.

Nun, wie schaut dieser "demokratische Sozialismus", vom Standpunkte der englischen Arbeiterklasse aus? Die Verstaatlichungspläne der Labour-Regierung haben, zumindest in der ersten Zeit, große Illusionen erweckt. Als die Arbeiter aber dann später sahen, daß in erster Linie nur jene Betriebszweige verstaatlicht wurden, die unrentabel geworden oder durch den veralterten Produktionsapparat auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig waren, und als sie weiter sahen, daß durch die gezahlten Riesenentschädigungen die Verstaatlichung für die Bourgeoisie ein gutes Geschäft geworden, von den Arbeitern selbst aber immer höhere Arbeitsleistungen gefordert wurden, begannen die Illusionen zu schwinden. Und was das Wichtigste ist, durch die Erfahrungen mit der "Arbeiter"regierung konnte das englische Proletariat in den letzten zwei Jahren immer wieder feststellen: am Klassencharakter des Staatsapparats hat sich überhaupt nichts geändert. Immer wieder, wenn die englischen Arbeiter versuchten, sich der Rauboffensive der Bourgeoisie zu erwehren, legte sich der kapitalistische Staatsapparat ins Mittel, an dessen Spitze die LP steht.

Durch den starken Rückgang der kolonialen Surplusprofite verschwindet die ökonomische Basis der bürgerlichen Demokratie in England immer mehr./Die Labour-Regierung ist in Begriff, die demokratischen Rechte und Freiheiten und die sozialen Errungenschaften der englischen Arbeiterklasse Schritt für Schritt zu opfern, um den Kapitalismus in England vor seinem unvermeidlichen Ende zu bewahren./

Der "demokratische Sozialismus" der LP, den die SP-Reformisten in allen Ländern der Arbeiterklasse als Vorbild hinstellen, ist weder sozialistisch noch demokratisch, sondern er führt unter

(1) Karl Czernetz, "Zwei Jahre Arbeiterregierung", Zukunft, August 1947



den heutigen Bedingungen wie überall in den kapitalistischen Ländern unvermeidlich zur offenen kapitalistischen Diktatur, wenn nicht das Proletariat durch seine revolutionäre Erhebung diesem Verrat entgegentritt.

### Die Aufgaben der revolutionären Klassenpartei

Die/objektiv-revolutionäre Lage/ in England wird durch die durch die Labour-Regierung herbeigeführte weitere Verschlechterung der Existenzbedingungen der Massen in den nächsten Monaten einem neuen Höhepunkt zugehen. Die Streiks im Kohlengebiet von Yorkshire sind bereits ein erstes Anzeichen dafür. Dazu kommt noch, daß wir mit einer weiteren Welle verschärfter Klassenkämpfe in ganz Westeuropa rechnen können. In der ersten Etappe wird dies zu einer Stärkung des scheinlinken Flügels in der LP führen, der stark von der Stalinpartei beeinflusst wird. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß in dieser Etappe einige der "Linken" in die Regierung aufgenommen werden, was mit einer zumindest handelspolitischen Wendung zur SU verbunden sein wird.

Aber in der Basis der LP und in den Gewerkschaften, besonders bei den Berg- und Dockarbeitern, bestehen die besten Möglichkeiten zur Herausbildung einer wirklich revolutionären Linken. Diese revolutionären Elemente zu sammeln, zu klären, sie an Hand der praktischen Erfahrungen immer weiter zu führen bis zum schließlichen vollständigen Bruch mit dem LP-Opportunismus, dies ist die Hauptaufgabe der RCP, der englischen Sektion der IV. Internationale, in der ganzen nächsten Etappe.

Wir müssen es verstehen, heute den fortgeschrittensten Teilen der Masse, morgen der gesamten Masse geduldig klar zu machen, daß die Zeit der Minimalprogramme, die Zeit des Kampfes um Reformen innerhalb des Kapitalismus endgültig vorbei, daß heute die zentralste Frage die Machtfrage ist.

Heißt das, daß wir deshalb den Tagesforderungen der Massen interessellos gegenüberstehen, ihnen keine Beachtung schenken? Im Gegenteil! Die Tagesforderungen sind ja heute die einzigen Fragen, für die die Massen mobilisiert werden können. Aber die revolutionäre Klassenpartei muß es verstehen, aus jeder einzelnen Tagesforderung eine Übergangsforderung zu machen, sie muß es verstehen, den Kampf um die täglichen Interessen der Massen zu verbinden mit dem Kampf um die Macht. Doch unter den heutigen Bedingungen, den Bedingungen des verfaulenden Kapitalismus kann die kleinste Forderung des Proletariats, der Massen nur im Kampf gegen und auf Kosten der Kapitalistenklasse verwirklicht werden, das heißt, der kleinste Kampf führt heute das Proletariat vor die Machtfrage, vor die Notwendigkeit der Vernichtung des kapitalistischen Staatsapparates und der Aufrichtung der proletarischen Diktatur.

Auf diesem Weg, dem einzig möglichen, stellt sich dem Proletariat ein schweres Hindernis entgegen: die kleinbürgerlichen Verratsparteien, in England vor allem die LP, da ja die Stalinpartei geringere Bedeutung hat. Aus diesem Grunde muß unser Kampf um die Massen bei der Bewußtseinsgrenze der Massen ansetzen, auf die sie die LP geführt hat.

Die LP hat ein Verstaatlichungsprogramm aufgestellt.- Auch wir treten für die/Verstaatlichung/ein. Aber wir sind für die Verstaatlichung aller Schlüsselindustrien, aller Monopolbetriebe, einschließlich der Großbanken und der Versicherungsgesellschaften, und zwar bei entschädigungsloser Enteignung der kapitalistischen Eigentümer, unter Kontrolle der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse.

Die LP tritt für die Produktionssteigerung ein.- Wir unterstützen auch diese Forderung; wenn die Produktionssteigerung einem

erhöhten Lebensstandard der Massen zukommt. Aber wir sind gegen jede Produktionssteigerung, die durch erhöhte Ausbeutung (Verlängerung der Arbeitszeit, Intensivierung der Arbeit) zustande kommt, also auf Kosten der Massen geht. Wir treten ein für die Steigerung der Produktion der Massengebrauchsartikel auf Kosten der Luxusartikel, die der Bourgeoisie zugute kommen. Dies ist nur möglich durch Kontrolle der Produktion und der Verteilung durch die Gewerkschaften und durch die Arbeiterklasse selbst.

Diese zwei Beispiele zeigen, in welcher Richtung wir ausdauernd und planmäßig die Aufmerksamkeit der Massen lenken müssen. Für solche Forderungen, für die Forderungen unseres Übergangsprogramms muß die englische Arbeiterklasse angeleitet werden, zu kämpfen, muß ein außenparlamentarischer Kampf geführt, muß die Kampfeinheitsfront des Proletariats organisiert werden. Die Tagesforderungen in diesem Kampfe müssen immer wieder verbunden werden mit revolutionärer Propaganda, mit den revolutionären Endlosungen. Dieser Kampf wird dann sozusagen als Nebenprodukt das abwerfen, was wir anfangs als größtes Hindernis angesehen haben, den Rückgang, die Brechung des Einflusses der LP in der Arbeiterklasse, in den Massen.

Die zentralste Frage für das englische Proletariat ist wie überall die Frage der Schaffung, der Herausbildung der proletarischen Klassenpartei. Die RCP stellt bereits den Kern dieser Partei dar. Dieser kleine Kern hat ein revolutionäres Programm, das Programm der IV. Internationale, daß in den letzten zwei Jahrzehnten durch die Verteidigung des revolutionären Internationalismus gegen den Opportunismus und Verrat aller Schattierungen im Lager der Arbeiterklasse entstanden ist und das die Probe der Ereignisse bestanden hat. Die Prinzipientreue zum Marxismus-Leninismus ist seine Stärke. Mit diesem Programm und einer disziplinierten Organisation muß die RCP der Kristallisationskern der fortgeschrittenen, revolutionären Elemente der englischen Arbeiterklasse werden.

Die Aufrechterhaltung der organisatorischen Selbständigkeit der proletarischen Klassenpartei wie auch bereits ihres Kernes ist die unbedingt notwendige Voraussetzung zur Lösung dieser Aufgabe (1).

Eine Minderheit in der RCP tritt für den Eintritt in die Labour Party ein. Ein solcher Schritt ist opportunistisch, er bedeutet die Preisgabe der Klassenorganisation. Aber auch die Mehrheit der RCP, die heute den Eintritt in die LP ablehnt, zeigt ein opportunistisches Schwanken. Für sie ist der Eintritt in eine verräterische "Arbeiter"partei eine rein taktische Frage. Sie ist nur deshalb gegen den Eintritt, weil sie sich heute keine praktischen Erfolge davon erwartet. Eine solche Einstellung, der mangelnde Einsicht in die Methoden des Aufbaus der Klassenpartei, Ungeduld sowie die Angst, den Anschluß an die Massen zu versäumen, gleichermaßen zugrunde liegen, muß in seiner Auswirkung sowohl zur Senkung der revolutionären Qualität der RCP wie zur Verwirrung der vorgeschrittenen Arbeiter führen. Zur Senkung der Qualität des revolutionären Kernes: denn sie überspringt die Etappe der strengsten Auslese für den Kern der Klassenpartei, füllt ihn im besten Falle mit einer Reihe zentristischer Elemente auf; zur Verwirrung der Arbeiter: denn viele werden sagen: "Gar so schlecht muß die Labour Party doch nicht sein, wenn sogar die Trotskisten in sie eintreten."

Die Krise des englischen Kapitalismus, die ja nur ein Teil der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist, gibt der RCP große Chancen. Sie wird diese ausnützen können, wenn sie versteht, die Treue zu den Prinzipien mit einer äußerst elastischen Taktik zu verbinden. Im Mittelpunkt des Kampfes der RCP muß daher heute das unentwegte Eintreten für die unmittelbaren Interessen der Massen, der Kampf für

(1) Siehe hierzu "Der Spartakist" Nr. 14/15, Seite 16.

ihre wirtschaftlichen und politischen Tagesforderungen stehen. Ein wichtiges Mittel dieses Kampfes ist die geschickte und zähe Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften und, wo dies nur irgendwie angeht, auch in der Labour Party. Die Verbindung des Tageskampfes mit der unentwegten Propaganda der revolutionären Endlosungen und Endziele wird dann die vorgeschrittensten Arbeiter in die Reihen der RCP führen.

x x x

oo  
Spendet für den K A M P F F O N D !  
oo